

Hegelheimer, Armin

**Article — Digitized Version**

## Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hegelheimer, Armin (1976) : Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 3, pp. 152-160

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134931>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur

Armin Hegelheimer, Bielefeld

**In einer „Zwischenbilanz“ der Anstrengungen des Bundes und der Länder seit 1970 stellte die Bundesregierung vor wenigen Wochen fest, daß eine „beachtenswerte Expansion des Bildungswesens ohne zureichende inhaltliche Reformen“ neue Sorgen und Probleme geschaffen habe. Wie kommt es, daß die Bildungspolitik trotz gewisser Erfolgsziffern weiterhin einen akuten Krisenherd der Gesellschaftspolitik darstellt?**

Es ist noch nicht allzulange her, daß allgemein der Ruf nach mehr Abiturienten und Akademikern ertönte. Picht sah Mitte der 60er Jahre schon das Menetekel einer „deutschen Bildungskatastrophe“ an der Wand, wenn Gymnasien und Hochschulen nicht rasch und zügig ausgebaut würden. Bildungsnotstand war für ihn gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Notstand. Für den wirtschaftlichen Aufschwung sah er ein rasches Ende voraus, wenn die notwendige Zahl der Abiturienten fehlt, die für ihn das geistige Potential eines Volkes bezeichnet. Auf nahezu sämtlichen Sektoren der gehobenen Berufe prophezeite er einen derart bedrohlichen Mangel an Akademikern und an mittleren Führungskräften mit Abitur, von dem sich seiner Auffassung nach kaum jemand eine rechte Vorstellung machen könnte.

Auf die eindringliche Beschwörung der Bildungskrise folgte eine Phase forcierter Bildungsreformen und einer verstärkten gesamtstaatlichen Bildungsplanung, die von einer raschen Expansion der weiterführenden allgemeinen Bildungsgänge begleitet war. Diese Expansion bestand vor allem in einem starken Wachstum des Gymnasial- und Hochschulbereichs sowie in einer Öffnung der Seitenzugänge zum tertiären Bereich, die insbesondere über die Fachhochschulen erfolgte.

### Resultate der Bildungspolitik

Die Resultate, die seitdem erzielt worden sind, können sich – so scheint es – sehen lassen. So hat sich seit 1965 nicht nur die Zahl der Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife, sondern auch die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Bereits im vergangenen Jahr belief sich der Anteil der Stu-

dienanfänger auf über 21 % an der Altersgruppe der 19- bis 21jährigen, während der ein Jahr zuvor von Bund und Ländern verabschiedete Bildungsgesamtplan erst für 1985 einen entsprechenden Anteil von 22–24 % vorsah. Die Höheren Fachschulen sind inzwischen zu Fachhochschulen umgewandelt worden; die Übergangsquote von den Fachhochschulen zu den Hochschulen beträgt rd. 35 %. Die Eintrittsberechtigung in die Fachhochschulen kann in der neugeschaffenen Fachoberschule erworben werden, deren allgemeiner Unterricht sich an den Lerninhalten der Gymnasien orientiert. Der Zugang zur Fachhochschule ist inzwischen auch nach der zwölften Klasse des Gymnasiums möglich. Bei den Fachschulen sind die schulischen Eingangsvoraussetzungen erheblich angehoben worden, so daß die schulische Ausbildung tendenziell immer stärker als die berufspraktische Erfahrung gewertet wird. Inzwischen verleiht ein Teil der Fachschulen und Akademien mit dem Abschluß zugleich die Fachhochschulreife, zum Teil kann sie aber auch durch eine Ergänzungsprüfung erworben werden.

Diese „Zubringerfunktion“ für die Hochschulen hat sich auch bei den Höheren Berufsfachschulen verstärkt, die nach dem Besuch von Aufbauzügen seit Ende der 60er Jahre als Abschlußqualifikation die fachgebundene Hochschulreife erteilen. Ganz generell ist bei den Berufsfachschulen aber auch die Tendenz erkennbar, daß sich die Anteile der berufsbezogenen zugunsten der allgemeinbildenden Fächer laufend verschoben haben. Durch diese Orientierung der Fachoberschulen und Berufsfachschulen an den Gymnasien hat nunmehr im gesamten Umkreis der eigentlichen Gymnasien ein Prozeß der zunehmenden „Gymnasialisierung“ auch derjenigen weiterführenden Bildungsgänge eingesetzt, die bislang vorwiegend auf beruflich-fachliche Inhalte bezogen waren. Wie Picht und viele andere es gefordert haben, sind „Gymnasialisierung“ und „Akademisierung“ nunmehr

---

*Prof. Dr. Armin Hegelheimer, 38, ist Inhaber des Lehrstuhls für Bildungsplanung und Bildungsökonomie an der Universität Bielefeld.*

die herausragenden Resultate der seit Mitte der 60er Jahre verfolgten Bildungspolitik und Bildungsplanung.

### Verschärfung der Krise

Trotz dieser einstmals gewünschten Entwicklung hat sich die Krise unseres Bildungssystems aber gegenüber den 60er Jahren eher noch verschärft. Es genügt, auf den inzwischen fast totalen Numerus clausus an den Hochschulen, die Beschäftigungsprobleme der Hochschulabsolventen im allgemeinen und der Lehrerarbeitslosigkeit im besonderen sowie den Lehrstellenmangel hinzuweisen.

Wie kommt es, daß die Bildungspolitik trotz der eingangs genannten Erfolgsziffern weiterhin einen akuten Krisenherd der Gesellschaftspolitik darstellt und – wenn auch gegenüber den 60er Jahren auf einem völlig neuen Niveau – zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzungen geworden ist? Wenn auf diese Frage heute eine Antwort gegeben wird, so scheinen mir zwei Positionen in der Bildungspolitik, Bildungsforschung und Bildungsplanung von besonderer Bedeutung zu sein. Die eine Position geht davon aus, daß die bisher verfolgte Bildungspolitik grundsätzlich richtig war und allen Schwierigkeiten zum Trotz konsequent weiterverfolgt werden sollte. Für die zweite Position war und ist die bisherige Bildungspolitik gleichfalls im Grundsatz ohne Alternative, doch muß infolge des wirtschaftlichen Rückschlags für eine kurze Zeit – der Lohnpause in der Tarifpolitik vergleichbar – auch eine „Pause in der Bildungsexpansion“ eingelegt werden, um im Falle eines Aufschwungs wieder nahtlos an der bisher verfolgten Politik ansetzen zu können. Beide Auffassungen unterscheiden sich nur in der taktischen Dimension, aber nicht in der strategischen Grundkonzeption, so daß sie lediglich zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen.

### Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem

Diese Konzeption besteht in der strikten Forderung, daß das Bildungs- und das Beschäftigungssystem prinzipiell und bewußt entkoppelt und eine Orientierung der Bildungspolitik am Beschäftigungssystem und seinen Strukturen grundsätzlich nicht vorgenommen werden sollte. Die Begründungen für diese Position sind ebenso einfach wie weitreichend: Nur die akademischen Berufe – so belehrt uns die institutionalisierte Bildungsforschung – haben eine hohe „Innovationseffizienz“, so daß ihre Förderung unbedingten Vorrang genießen muß. Im übrigen sei ja inzwischen ein für allemal schlüssig bewiesen worden, daß sich jedes Angebot an Akademikern ohne alle Friktionen

seine eigene Nachfrage am Arbeitsmarkt schafft. Auch die institutionalisierte Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verkündet neuerdings ohne jede Einschränkung, daß allein dem Akademiker die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt gehört, weil die Arbeitslosenquote bei den Akademikern im Vergleich zu allen anderen Abschlüssen am niedrigsten ist. Das akademische Proletariat entlarvt sich damit als ein Schreckgespenst von Feinden einer progressiven Bildungspolitik. Eine Orientierung oder Koppelung der Bildungspolitik mit dem Beschäftigungssystem würde zudem in dieser Sichtweise einen Rückschritt der Entwicklung in der Bundesrepublik bedeuten, weil sich ein reiches Land wie die Bundesrepublik nicht nur aus dem Korsett des ökonomischen Sachzwangs befreien kann, sondern auch der Emanzipation des einzelnen und der Gesellschaft durch Expansion der Gymnasien und Hochschulen zum endgültigen Siege verhelfen muß.

### Warteposition der Bildungspolitik

Viele Indizien und Publikationen deuten darauf hin, daß diese Positionen über das Verhältnis von Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur auch weiterhin dominieren. Ihre Gefahr besteht darin, daß sie die Bildungspolitik in ihrem Verhältnis zum Beschäftigungssystem – dem Parkstudium an den Universitäten vergleichbar – gleichsam in eine Warteposition versetzen wollen, um danach im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs und konsolidierter Staatsfinanzen um so nachhaltiger die bisherigen Trends der Bildungspolitik fort- und festschreiben zu können. Auf das konjunkturelle Tief der Wirtschaft soll dann wieder das bildungspolitische Hoch einer vom Arbeitsmarkt entkoppelten Bildungsplanung folgen.

Diese Auffassung erscheint deshalb so gefährlich und risikoreich, weil hier nicht erkannt wird, daß es sich bei dem heute gegenüber den 60er Jahren stärker diskutierten und akzentuierten Verhältnis von Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur nicht vorrangig um ein konjunkturelles Problem handelt. Die nachlassende Konjunktur hat vielmehr nur das für die Öffentlichkeit pointiert herausgehoben, was sich vorurteilslosen Analysen bereits Ende der 60er Jahre als grundlegendes strukturelles Dauerproblem im Verhältnis von Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur erschloß, das jedoch durch eine beispiellose Hoch- und Überkonjunktur verdeckt und überlagert wurde. Denn schon zu dieser Zeit deutete sich ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem an, dessen rückhaltloser Diagnose sich jedoch zunächst massive Widerstände von seiten der institutionalisierten Forschung, von Planung und Politik entgegenstellten. Seither klaffen Bildungs-

und Beschäftigungssystem immer stärker auseinander, und es steht zu befürchten, daß sich dieses Ungleichgewicht langfristig zunehmend verschärfen wird.

### Drei Problemgruppen

Wenn man diese Entwicklung beeinflussen, steuern oder umkehren will, so ist es zunächst unumgänglich, ihre Ursachen zu erforschen. Die Ursachenanalyse gewinnt damit eine besondere Bedeutung, weil die zureichende Diagnose die Grundvoraussetzung jeder erfolversprechenden Therapie ist. Erst dann klärt sich auch, ob man mit einer medikamentösen Behandlung auskommt oder ob chirurgische Eingriffe erforderlich sind.

Eine derartige Ursachenanalyse muß vor allem an den Bereichen des Bildungssystems ansetzen, die unmittelbar an der Nahtstelle zum Beschäftigungssystem angesiedelt sind. Dies sind insbesondere die Sekundarstufe II und der tertiäre Bereich, in denen sich bisher – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – Ausbildungsabschluß und Beschäftigungsmöglichkeiten auf eine fast unauflösbare Weise vermischen. Damit ergeben sich vorrangig drei Problemgruppen: die Akademiker, die Lehrlinge, die Ungelernten.

Was zunächst die Hochschul­er betrifft, so ist es aufschlußreich, sich noch einmal die ursprünglichen Ziele der Bildungspolitik in Erinnerung zu rufen. Das Ausgangsziel der Reformpolitik bestand zunächst darin, längerfristig ca. 50% der entsprechenden Altersjahrgänge zum Abitur und damit auch auf die Hochschulen zu führen. Wie schon eingangs erwähnt, sah der 1973 verabschiedete Bildungsgesamtplan für 1985 jedoch lediglich einen Anteil von 22–24% vor, der aber bereits ein Jahr nach Verkündung des Bildungsgesamtplanes in der unteren Bandbreite schon fast erreicht war. Die Entwicklung im Gymnasial- und Hochschulbereich ist folglich so stürmisch verlaufen, daß ein Plan für die Zukunft innerhalb kürzester Frist zu einer Reminiszenz an die Vergangenheit geworden ist. Die ursprünglich von der Reformpolitik beabsichtigte „Planung der Bildungskrise“ ist damit im Hochschulbereich inzwischen geradezu in eine „Krise der Bildungsgesamtplanung“ umgeschlagen. Der Numerus clausus ist hierbei eher Symptom, nicht jedoch eigentliche Ursache dieser Krise, die sich in zunehmenden strukturellen Ungleichgewichten zwischen der Expansion im Hochschulbereich und dem Beschäftigungssystem äußert.

### Abnehmende Akademikerintensität

Zwischen 1961 und 1970 – so zeigen die Daten der beiden Volks- und Berufszählungen – sind zwei Drittel des Neuzugangs der akademischen

Arbeitskräfte in den öffentlichen Dienst übergegangen, davon allein 80% in den Bildungssektor. Der Akademikeranteil im produzierenden Bereich sowie im Sektor der privaten Dienstleistungen war dagegen rückläufig. Entgegen den weitverbreiteten Annahmen über eine zunehmende Bedeutung akademischer Arbeitskräfte in der sogenannten (der eigentlichen Produktion vor- und nachgelagerten) „Metaproduktion“ beim Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist der Akademikeranteil im Dienstleistungssektor noch stärker als im produzierenden Bereich geschrumpft. Dieser anteilmäßige Rückgang der Akademiker im Dienstleistungssektor steht zugleich in einem bemerkenswerten Gegensatz zur Entwicklung der Gesamterwerbstätigenzahlen, da der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor langfristig kontinuierlich zunimmt. Auch im Staatssektor ist in seinen klassischen administrativen Funktionsbereichen außerhalb des Bildungssektors zwischen 1961 und 1970 eine abnehmende Akademikerintensität festzustellen.

Trotz dieser strukturellen Entwicklungen im Einsatz und Bedarf der Akademiker im Beschäftigungssystem hält der Zustrom zu den Hochschulen ungebrochen an. So hatte der Bildungsgesamtplan für 1978 als Zielzahl einen Anteil der Studienanfänger von 21,5% bestimmt, während die Trendzahl bei über 27% liegt und 1985 auf bis zu 35% ansteigen dürfte. Nachdem man in den 60er Jahren in einer ersten Runde den Sekundarbereich II intensiv auf das Ziel der allgemeinen Studierfähigkeit hin ausgebaut hat, steht man heute in einer zweiten Runde nach einer sich ständig beschleunigenden Hochschulexpansion vor dem Problem, daß trotz prioritärer finanzieller Förderung des Hochschulsektors offensichtlich nicht genügend ausbildungsadäquate, hochqualifizierte Arbeitsplätze und Positionen im Beschäftigungssystem zur Verfügung stehen. Ein beredtes Dokument hierfür ist vor allem der 4. Rahmenplan für den Hochschulbau 1975–1978, der – von einer Fachrichtung (Ingenieurwissenschaften) abgesehen – bei allen anderen Fachrichtungen nicht von überproportionalen Bedarfszuwächsen in der Zukunft ausgeht.

### Kumulatives Wachstum der Probleme

Nachdem sich die Pichtsche Bildungskatastrophe inzwischen als lediglich mittelfristiger Nachholbedarf insbesondere bei den Lehrerberufen entpuppt hat, ist nicht mehr die Beseitigung des befürchteten Akademikermangels, sondern die administrative Eindämmung und Kanalisierung der Hochschulexpansion zur herausragenden Leitlinie der staatlichen Hochschulpolitik geworden. Hinter dem Numerus clausus verbirgt sich damit auch nicht in erster Linie ein Kapazitäts-, sondern ein

Arbeitsmarktproblem. Da sich der Staat bei der Absorption von zusätzlichen Hochschulabsolventen im Bildungssektor künftig infolge niedrigerer Geburtenraten, politisch fixierter Obergrenzen des Lehrbedarfs im Bildungsgesamtplan, verringerter Wachstumschancen sowie fortschreitender Staatsverschuldung zunehmend Zurückhaltung auferlegen dürfte, zugleich die Absorptionsmöglichkeiten im sonstigen Staatsbereich und im privaten Dienstleistungssektor eher gering sind, muß in Zukunft die Hauptstoßkraft der Absorption von Hochschulabsolventen in erster Linie die Wirtschaft, und zwar den produzierenden Bereich im engeren Sinne treffen. Hier ist allerdings die Akademikerquote am höchsten in den Wirtschaftsbereichen, in denen die Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität am größten sind. Da diese nicht zuletzt von der Investitionstätigkeit abhängen dürften, müssen in Zeiten nachlassenden Wachstums, in denen die Verteilungskämpfe härter und damit die Investitionsspielräume für die Betriebe enger werden, die Probleme von Akademikern am Arbeitsmarkt sogar kumulativ wachsen, wenn Bildungs- und Beschäftigungssystem wie bisher entkoppelt bleiben.

#### **Verdrängungseffekt von oben nach unten**

Bildungspolitik, Bildungsplanung und institutionalisierte Forschung waren mit dem Anspruch angetreten, die Expansion der Gymnasien und Hochschulen würden zunehmend mehr Chancengleichheit und Emanzipation schaffen. Im Lichte der bisherigen Erfahrung wird diese These jedoch immer fragwürdiger. Nach einer für den einzelnen langen und für die Gesellschaft teuren Ausbildung drängen künftig immer mehr Hochschulabsolventen auf den Arbeitsmarkt, die zunehmend keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden dürften. In diesem Fall werden sie zumindest versuchen, als formal Höherqualifizierte die formal Minderqualifizierten zu verdrängen. Dieser Verdrängungseffekt von oben nach unten, der bezeichnenderweise von den Verfechtern der bisherigen Bildungsexpansion selbst weithin „verdrängt“ wird, schränkt die bisherige Möglichkeit des sozialen und beruflichen Aufstiegs von unten nach oben immer stärker ein, beseitigt zunehmend die Aufstiegsdurchlässigkeit, die Chancen des Wettbewerbs durch berufliche Leistung und verankert damit die Dominanz von Zertifikaten gegenüber der Leistung. Gerade als Folge der Bildungsexpansion in Gymnasien und Hochschulen steigt damit das Arbeitsmarktrisiko der geringer qualifizierten Arbeitskräfte. „Verdrängen und verdrängt werden“ wird damit zur durchgängigen Devise einer expansiven Bildungspolitik, in der das beziehungsreiche Spannungs- und Wechselverhältnis der Bildungsexpansion für den Einsatz von Akademikern und Ungelernten sichtbar wird.

Diese Problematik wird noch grundsätzlich dadurch verschärft, daß die Zahl der Sonderschüler immer noch steigt. Betrug die Zahl der Sonderschüler 1959 rd. 120 000 Schüler, im Jahre 1971 aber bereits rd. 350 000 Schüler, so schätzt die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik ihre Zahl für das Jahr 1976 auf rd. 410 000 Schüler. Nach dieser Projektion der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Sonderschüler 1980 noch über 400 000 Schüler betragen und selbst 1985 mit rd. 360 000 Schülern noch höher als 1971 sein. Hinzu kommt, daß in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik der Anteil von Hauptschülern ohne Abschluß wächst und inzwischen schon 30 bis 40% aller Schulabgänger erreicht. Da diese „Problemgruppen“ vielfach den veränderten Anforderungen der Berufsausbildung nicht voll gewachsen oder gar erst zur Berufsreife zu führen sind, muß die im Zuge der bisherigen Bildungsexpansion nahezu verschüttete soziale Dimension jeder Bildungspolitik wieder freigelegt und diesen Jugendlichen eine ihren – von einer intellektualisierten Schule häufig unterschätzten – Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Beschäftigung angeboten werden. Bislang scheint es jedoch eher so, daß die Kosten der Hochschulexpansion gerade auf diese Gruppen von Jugendlichen abgewälzt werden. Aufgrund dieser Verdrängungseffekte, durch die zudem die Arbeitslosigkeit nach unten verdrängt wird, dürfte daher langfristig die Gefahr eines akademischen Proletariats auch geringer als die Gefahr des Entstehens eines „neuen nicht-akademischen Proletariats“ sein.

#### **Unsozialer Charakter**

Neben diesem unsozialen Charakter der Bildungsexpansion, die nicht ein Mehr an sozialer Chancengleichheit schafft, wird auch das Kosten- und Finanzierungsproblem immer bedrohlicher. Nicht nur, daß der Staat inzwischen über 40% des Bildungsbudgets allein für den Gymnasial- und Hochschulbereich aufwendet, auch der Anteil der Akademiker an der gesamten Bruttolohn- und Gehaltssumme droht bei fortlaufender Bildungsexpansion jeden volkswirtschaftlich möglichen Rahmen zu sprengen. Aus der 10-Prozent-Stichprobe der Volks- und Berufszählung 1970 ergibt sich ein Anteil der Akademiker an den Erwerbstätigen von 3,9%, jedoch ein Anteil an der Bruttolohn- und -gehaltssumme von 8,5%. Der Lohn- und Gehaltsanteil der Akademiker ist damit – im Gegensatz zu den etwa gleich hohen Anteilen bei den Facharbeitern – doppelt so hoch wie ihr Erwerbstätigenanteil. Da 1980 der Anteil der Akademiker an sämtlichen Erwerbstätigen bei rd. 6% liegen wird, würde unter sonst gleichen Bedingungen der Lohn- und Gehaltsanteil der Akademiker

bereits fast 13,5%, d. h. rund ein Achtel der gesamten Bruttolohn- und Gehaltssumme betragen. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung wären zunächst schon für die staatliche Wirtschaftspolitik fatal, weil sie in einer Zeit nachlassenden Wachstums und eines vermutlich länger andauernden Sockels an struktureller Unterbeschäftigung bei gleichbleibenden Einkommensrelationen zwangsläufig zu einem Anstieg der Lohnstückkosten (Lohnkosten je Produktionseinheit) führen müßte. Da akademische Arbeitskräfte inzwischen keine Mangelware mehr darstellen, sondern in relativem Überfluß vorhanden sind, ist auch nicht zu erwarten, daß dieser Lohnkostenstückanstieg durch entsprechende Produktivitätseffekte akademischer Arbeit kompensiert wird. In diesem Fall wird infolge steigenden Inlandskosten- und Inlandspreisniveaus ein Exportnachfragerückgang eintreten, da die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auf den ausländischen Absatzmärkten relativ verschlechtert wird. Durch die Verteuerung des Faktors Arbeit werden verstärkt Arbeitskräfte als Folge der Bildungsexpansion freigesetzt werden, da der Lohnstückkostenanstieg zu erhöhten Rationalisierungsinvestitionen führt. Damit werden auch die Möglichkeiten einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik eingeengt. Dies führt zu einer verringerten Konsumnachfrage. Hier schließt sich nun der Kreis, da infolge des verringerten Konsums auch die Nachfrage nach Arbeitskräften zwangsläufig weiter sinken muß. In einer Phase nachlassenden Wachstums und eines längerfristigen Sockels an struktureller Unterbeschäftigung wird somit auch infolge des überproportionalen Anteils der Akademiker an der Bruttolohn- und Gehaltssumme ein kumulativer Prozeß nach unten am Arbeitsmarkt ausgelöst. Zugleich entsteht eine doppelte Finanzierungslücke des Staates dann, wenn zunächst eine teure Hochschulausbildung zu finanzieren ist und anschließend die hohen Einkommenserwartungen der Absolventen nur dann eingelöst werden können, wenn mangels unzureichender Absorption der Wirtschaft der Staat die Hochschulabsolventen doch wieder im Staatssektor entsprechend den Eingangs- und Besoldungsregelungen bezahlen muß.

#### **Pufferfunktion der Hochschulen**

Damit wird deutlich, daß sich der Staat mit der expansiven Bildungspolitik in eine selbstgeschaffene Dilemma-Situation hineinmanövriert hat. Diese wird besonders sichtbar auch im Parkstudium und der laufenden Verlängerung der durchschnittlichen Verweilzeiten auf inzwischen rd. 6,5 Jahre (1970: 5,7 Jahre). Seit 1971 sind fast ein Drittel der Mehrausgaben für die Hochschulen durch längeres Studium verursacht worden. Während sich vor den Hochschulen die Abiturienten nach dem Warteschlangenprinzip stauen, gestal-

ten die Studenten in der Hochschule ihr Studium nach dem Warteschleifenprinzip, so daß die Hochschule inzwischen immer stärker einem aërotechnischen Gebilde gleicht, das zunehmend Warteschleifen (im Hochschulsystem) fliegt, weil es keinen Platz (am Arbeitsmarkt) zum Landen auffindig machen kann, aber gleichzeitig ahnungsvoll erfühlt, daß eines Tages der Treibstoff ausgehen muß. Da die Steuerung immer stärker versagt, erlangt die Hochschule zwangsläufig eine „Pufferfunktion“ zum Beschäftigungssystem. Der Ruf nach Regelstudienzeiten und Verkürzung der Verweildauer muß unter den so gewählten Rahmenbedingungen der Bildungsexpansion ins Leere stoßen, weil das Schreckgespenst der alten Alma mater, der „verbummelte Student“, nun fast zu einer volkswirtschaftlich erwünschten Größe wird, die den Arbeitsmarkt wirksam entlastet und damit die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ der Akademiker für die Öffentlichkeit nicht sichtbar werden läßt.

Dies erleichtert es auch der institutionalisierten Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das von ihr stereotyp verwandte Argument von der geringen Arbeitslosigkeit der Akademiker weiter aufrechtzuerhalten. Unabhängig von der verdeckten Arbeitslosigkeit muß dieses Argument aber auch im Blick auf die statistischen Zusammenhänge mehr als überraschen. Denn über 50% aller Akademiker sind gegenwärtig direkt und unmittelbar im Staatsdienst beschäftigt, jedoch nur 9% aller Beschäftigten. Rechnet man die dem staatlichen Sektor mittelbar zuzuordnenden Akademiker hinzu, so sind schätzungsweise 70–80% aller Akademiker dem staatlichen bzw. halbstaatlichen Bereich zugehörig. Auch beträgt der Anteil der Akademiker an sämtlichen Erwerbstätigen gegenwärtig lediglich rd. 4%, so daß sich bei einem heute noch geringen Gesamtanteil der überwiegende Teil der Akademiker bislang in quasi unkündbaren Stellen befindet. Das Argument von der geringen Akademikerarbeitslosigkeit muß somit in die Irre führen, weil hier künftig der Umschlag in eine neue Arbeitsmarktqualität durch die Quantität und die Strukturverschiebung des Akademikereinsatzes erfolgen dürfte. Ein bislang geringer Anteil von arbeitslosen Akademikern sagt daher wenig über die Bedarfsberechtigung hoher Akademikerzahlen in der Zukunft aus. Symptomatisch ist auch, daß Hochschulabsolventen heute schon länger arbeitslos als der Durchschnitt aller Beschäftigten sind.

Nach diesen insgesamt beunruhigenden Zukunftsperspektiven für das Verhältnis von Hochschulpolitik und Beschäftigungsstruktur stellt sich die Frage, ob nicht wenigstens die Berufsausbildung als Rettungsanker in den stürmischen Gewässern der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ausgeworfen werden kann.

Erinnert sei auch hier zunächst wieder an die ursprünglichen Ziele der Bildungspolitik für die langfristige Entwicklung des dualen Systems, das in der Bundesrepublik lange Zeit hindurch im Schatten der öffentlichen Diskussion über die Bildungsreform stand. Mit dem Berufsbildungsgesetz von 1969 sollte hier zwar eine neue Entwicklung eingeleitet werden, jedoch geriet das duale System am Ende der 60er Jahre zugleich zunehmend in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik, für die sich das duale System vielfach auf die eingängige Formel Ausbildung = Ausbeutung reduzierte. Wie sehr diese Regelargumentation die Berufsbildungsreform in eine falsche Richtung dirigieren muß, ist spätestens durch den 1974 vorgelegten Abschlußbericht der Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ sichtbar geworden – doch ist die staatliche Bildungspolitik von dieser Grundsatzkritik am dualen System stark beeinflusst worden. Daher verlor sie auch schon bald nach Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes die nahe liegenden Reformziele für die Verbesserung der Berufsausbildung immer stärker aus den Augen, so daß die Kärnerarbeit einer Sanierung der Basis der Berufsausbildung im dualen System zunehmend von Modellentwürfen für die Architektur eines völlig anderen Berufsausbildungssystems überlagert wurde.

#### Neue Stoßrichtung der Berufsbildungspolitik

Diese neue Stoßrichtung der Berufsbildungspolitik wird aus der Anfang der 70er Jahre weitverbreiteten Auffassung verständlich, die von einer baldigen Selbstaflösung des dualen Systems ausging. So hatte der Fünfte Entwurf des Bildungsgesamtplanes von 1971 einen Rückgang des dualen Systems von 57% der entsprechenden Altersjahrgänge im Jahre 1970 auf 37% im Jahre 1985 prognostiziert. Auch die Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ hatte in ihrem Zwischenbericht von 1973 „die betriebliche Aktivität auf der Stufe der Ausbildung als eine tendenziell schrumpfende Komponente in der anhaltenden Gesamtexpansion des organisierten Lehrens und Lernens im Sekundarbereich II bezeichnet“. Erläuternd hatte sie dieser Einschätzung hinzugefügt, daß die offizielle Bildungspolitik eine Verminderung des Gewichts der betrieblichen Bildung zugunsten vollzeitschulischer Berufsausbildung unterstützen zu wollen scheint. Dabei ist nach Auffassung der Kommission aber „pragmatisch-politisch zu berücksichtigen, daß der Lernort Betrieb schon deshalb eine beachtliche Rolle behalten muß, weil die finanziellen und personellen Voraussetzungen für eine rasche und weitgehende Übernahme der Berufsausbildung durch das Schulsystem nicht bestehen“. Im Umkehrschluß muß daraus gefol-

gert werden, daß man bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für ein vollschulisches staatliches Ausbildungssystem plädieren würde, so daß das duale System lediglich als Ersatz- oder Notlösung akzeptiert werden kann.

Die Bewältigung aktueller Probleme der Berufsausbildung im dualen System zwischen 1970 und 1985 mußte damit zwangsläufig an politischem Stellenwert zugunsten des Entwurfs langfristiger Perspektiven für die Berufsausbildung nach 1985 einbüßen. Zugleich sollten aber Markierungspunkte den Weg auf dem Übergangsprozeß zu einem neuen System abstecken helfen. Diese Markierungspunkte des Bundesbildungsministeriums waren noch in einer Zeit der Voll-, ja Überbeschäftigung konzipiert worden. Auch in der Berufsausbildung war die Situation quantitativ günstig, da beispielsweise Anfang der 70er Jahre bei den Arbeitsämtern wesentlich mehr Ausbildungsstellen angeboten als nachgefragt wurden (rd. 40%). Die inzwischen eingetretene Normalisierung zwischen Angebot und Nachfrage und die mögliche Gefahr einer Verknappung des Lehrstellenangebots mit Blick auf die künftigen starken Entlaßjahrgänge hat jedoch auch die Bedeutung aller Pläne für eine Systemänderung der Berufsbildung erheblich reduziert, weil die staatliche Bildungspolitik nach dem nunmehr fast totalen Numerus clausus für Studienbewerber zusätzlich auch noch mit der Gefahr einer tiefgreifenden Beschränkung der Lehrstellen konfrontiert worden ist.

Dies könnte jedoch nur durch einen forcierten Ausbau der vollschulischen Berufsausbildung in den einzelnen Ländern kompensiert werden, wofür jedoch – wie das sogenannte „Sofortprogramm“ der Bund-Länder-Kommission von 1972 gezeigt hat – in den Bundesländern die entsprechenden Voraussetzungen fehlen. Daher wird es verständlich, daß die zunächst offensichtlich politisch gewollte Reduktion des dualen Systems inzwischen wieder rückgängig gemacht werden soll. Diese wechselnden Motivationslagen der Bildungspolitik in der Vergangenheit – Akademikermangel hier – Akademikerüberschuß da, Abschaffung des dualen Systems gestern – Konsolidierung des dualen Systems heute – erinnern weniger an rationale, vorausschauende Planung denn an die Echternacher Springprozession und dürften die Abstimmung von individuellen Bildungswünschen und gesellschaftlichem Qualifikationsbedarf in Zukunft immer mehr zu einer Gratwanderung werden lassen.

#### Ungleichgewichtige Finanzierungsströme

Dabei ist es von folgenschwerer Bedeutung, daß der Bildungsgesamtplan aufgrund der gekennzeichneten Fehleinschätzung über die weitere

Entwicklung des dualen Systems glaubte, auch in der Finanzierung der Berufsschulen den Rotstift weiter ansetzen zu können. Bereits 1970, bei Beginn des Bildungsgesamtplanes, betrug der Anteil der Nettoausgaben für die Berufsschulen an sämtlichen staatlichen Bildungsausgaben lediglich etwas mehr als 5%. Damit war – bei etwa gleich hohen Schülerzahlen in Gymnasien und Hochschulen sowie in Berufsschulen – der Anteil der Gymnasien und Hochschulen siebeneinhalbmal höher als der für Berufsschulen.

Diese ungleichgewichtige Steuerung der Finanzierungsströme in der Vergangenheit scheint sich bemerkenswerterweise jedoch auch in der Zukunft fortzusetzen. Denn überprüft man die langfristigen Kostenansätze des Bildungsgesamtplanes, so zeigt sich, daß sich das Ungleichgewicht der Finanzierungsströme zwischen den studienbezogenen und berufsqualifizierenden Bildungsgängen auch im Planungszeitraum von 1970–1985 nicht ändern dürfte. So soll nach dem Bildungsgesamtplan der Anteil des Berufsschulsektors am gesamten Bildungsbudget von 5,1% im Jahre 1970 auf 2,7% im Jahre 1985 sinken. Da dieses Schrumpfen des Finanzierungsspielraumes in etwa mit dem angenommenen Rückgang der Zahl der Berufsschüler korrespondiert, würde sich zwar entsprechend der Bildungsgesamtplanung die kostenmäßige Situation der Berufsschulen langfristig nicht verschlechtern, aber gegenüber der Vergangenheitsentwicklung auch nicht verbessern. Selbst diese Schlußfolgerung aus dem Bildungsgesamtplan basiert jedoch auf der Annahme des Planes, daß der Anteil der entsprechenden Altersjahrgänge am dualen System zwischen 1970 und 1985 nachhaltig zurückgeht. Da dies inzwischen aber durch die tatsächliche Entwicklung überholt sein dürfte und die Schülerprojektionen der Kultusministerkonferenz etwa 400 000–500 000 Berufsschüler jährlich mehr ausweisen als im Bildungsgesamtplan angenommen, ist damit eine weitere relative Verschlechterung des bereits seit langem unterfinanzierten staatlichen Berufsschulbereiches zu erwarten.

Wenn die politische Setzung der Priorität der Berufsausbildung tatsächlich ernst gemeint ist, so muß angesichts dieser gegenläufigen Tendenzen der langfristigen Bildungsplanung die Einsicht wachsen, daß die Verbesserung der berufsschulischen Situation das finanzielle Kernproblem der Berufsbildungsreform darstellt. Eine isolierte Neuregelung der betrieblichen Berufsbildungsfinanzierung – wie im Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz vorgeschlagen – dürfte an diesem Steuerungsdefizit der Berufsschulfinanzierung nichts Entscheidendes ändern können, da überbetriebliche Systeme der Fondsfinanzierung zu parafiskalischen Schattenhaushalten außerhalb

der Kontrolle und Verantwortung des Parlaments und damit des staatlichen Bildungsbudgets führen müssen.

### **Bedenkliche Gesetzesregelungen**

Hinzu kommt der bedenkliche berufsstrukturelle Steuerungseffekt, der sich aus der vorgesehenen Prämienregelung des Gesetzentwurfes ergibt. Nach dem Regierungsentwurf soll eine Ausbildungsplatzprämie für neu zustandekommende Ausbildungsverträge gezahlt werden, die zusätzlich zu den im Durchschnitt der letzten drei Jahre vor Inkrafttreten der Finanzierungsregelung bestehenden Ausbildungsverhältnisse in einem Betrieb abgeschlossen werden. Eine niedrigere Prämie soll dagegen für alle während der Laufzeit der Finanzierung neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, soweit sie nicht zusätzliche Ausbildungsverträge betreffen, gezahlt werden. Die vorgesehene Hoch- und Niedrigprämierung führt dazu, daß die kontinuierlich ausbildenden Betriebe eine niedrigere Prämie als die diskontinuierlich ausbildenden Betriebe erhalten. Dadurch dürfte eine Mangelsituation an Ausbildungsplätzen möglicherweise gerade erst provoziert werden; auf jeden Fall wird aber der in der Bundesrepublik langfristig wirksame Prozeß eines kontinuierlichen Strukturwandels zur Ausbildung im Großbetrieb, der bereits zu einer ausgeglicheneren Relation zwischen industrieller und handwerklicher Berufsausbildung – wenn auch noch nicht zwischen Industrie, Handwerk und öffentlichem Dienst – geführt hat, unterbrochen.

Die Struktur des Ausbildungsplatzangebotes würde sich dann jedoch verschlechtern, weil der Strukturwandel im Berufsbildungssystem selbst sowie auch im Vergleich zum Beschäftigungssystem durch die Prämienregelung aufgehalten würde. Die im Gesetzentwurf konzipierte Finanzierungsregelung kommt damit fast einer „Prämie gegen den Strukturwandel“ gleich. Darüber hinaus sind Berufsfehlentkungen gerade als Folge der gesetzlichen Umlagefinanzierung nicht auszuschließen, sofern die Betriebe nicht vorrangig für den berufs-spezifischen Bedarf, sondern in erster Linie wegen der Zuschußgewährung ausbilden. Derartige aus der Berufsbildungsabgabe in einer ersten Runde entspringenden Berufsfehlentkungen müßten dann jedoch nach Abschluß der Berufsausbildung in einer zweiten Runde aus öffentlichen Mitteln für berufliche Fortbildung und Umschulung wieder korrigiert werden.

### **Lücke auf der mittleren Qualifikationsebene**

Erhebliche Berufsfehlentkungen der betrieblichen Ausbildung sowie eine weitere Vernachlässigung und Unterfinanzierung des Berufsschulsektors wür-

den jedoch im Blick auf den in der Bundesrepublik unter verschärften Bedingungen zu bewältigenden künftigen Strukturwandel zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Hier müssen zudem die Weichen rasch in die richtige Richtung gestellt werden, weil nunmehr die starken Entlaßjahrgänge in die Berufsausbildung strömen. Nur wenn sie eine bedarfsgerechte und fundierte Ausbildung zugleich erhalten, werden jedoch die Anforderungen des Strukturwandels erfüllt werden können. Hier dürfte den Facharbeitern und Fachkräften auch in Zukunft eine ganz besondere Bedeutung zufallen, weil der Neuzugang von betrieblich Ausgebildeten auch in der Vergangenheit in den Expansionsberufen überdurchschnittlich angestiegen ist, während es sich bei den rückläufigen Berufen genau umgekehrt verhält.

Angesichts der inzwischen selbst vom Bildungsrat in seinem Abschlußbericht beklagten „Lücke auf der mittleren Qualifikationsebene“, die sich als Folge von Gymnasialisierung und Akademisierung zunehmend verbreitern dürfte, erwächst aus dieser Entwicklung der Schülerzahlen in der Sekundarstufe II eine große Chance, das für die Bewältigung des Strukturwandels erforderliche Potential heranzubilden. Diese Chance würde spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts, nachdem der Schüler- und Lehrlingsberg „abgetragen“ ist, jedoch vertan sein, wenn die daraus resultierende Verpflichtung der politischen Entscheidungsträger heute nicht wahrgenommen wird. Daß diese Chance bisher nicht genutzt wurde, deutet auf eine spezifische ambivalente Situation zwischen realen Entwicklungen und politischen Soll-Vorstellungen in der Berufsausbildung der Bundesrepublik hin, die eine Koppelung von Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur angesichts der Erfordernisse des künftigen Strukturwandels erheblich erschwert. Denn neuere Untersuchungen im In- und Ausland, in Ost und West, deuten darauf hin, daß eine bewußte Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem im Widerspruch zu den voraussichtlichen Bedarfsrelationen zwischen den akademischen und den Facharbeiterqualifikationen stehen müßte. Relativen Sättigungstendenzen des Arbeitsmarktes bei den akademischen Arbeitskräften steht dann bei niedrigem Wachstumsniveau eine „relative Facharbeiterlücke“ und bei hohem Wachstumsniveau eine „absolute Facharbeiterlücke“ gegenüber, die eine Anpassung an den Strukturwandel behindern muß.

#### Umkehrung des Grundprinzips

Aus alledem dürfte deutlich geworden sein, wie sehr es in Zukunft darauf ankommt, eine weitere Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem zu verhindern und schrittweise

wieder Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur miteinander zu verknüpfen. Hierzu ist zunächst ein Umdenken erforderlich. Der Glaube an den Automatismus der Bildungsexpansion von Gymnasien und Hochschulen für Chancengleichheit und Emanzipation hat sich nicht nur als Illusion erwiesen. Dieser Glaube scheint die Probleme sogar eher noch verschärft zu haben, weil — wie der Prozeß zur Vergymnasialisierung zeigt — die Strukturen eher noch zementiert und auch die Ungleichheiten eher noch verfestigt bzw. durch neue Formen der Ungleichheit, etwa der „Ungleichheit durch Geburt“ als Folge der mit der Expansion verbundenen Senkung des Durchschnittsalters akademischer Arbeitskräfte, angereichert worden sind.

Dies hängt letztlich vor allem damit zusammen, daß der Grundansatz unserer Bildungspolitik, der das Bildungssystem rigide „von oben nach unten“ orientiert, gestaltet und plant, in wachsenden Widerspruch zu den flexiblen Strukturen des Beschäftigungssystems gerät. Daher erweist sich die bildungspolitische Avantgarde auch zunehmend als arbeitsmarktpolitische Nachhut. Das Grundprinzip unserer Bildungspolitik muß deshalb heute umgekehrt werden, weil andernfalls das Bildungssystem an seinen neuralgischen Nahtstellen zum Beschäftigungssystem künftig immer weniger tragfähig würde, sich die „Schere zwischen dem Bildungs- und Beschäftigungssystem“ immer weiter öffnen müßte. Dies wäre um so problematischer, als der Bundesrepublik ein schmerzhafter Strukturanpassungsprozeß erst noch bevorsteht. Die Ungewißheit über Verlauf und Dimension dieses Prozesses ist zudem hoch, da man bis vor kurzem allgemein für 1970—1990 mit einer Arbeitskräftepotentiallücke von rd. 2,5 Mill. Erwerbstätigen gerechnet hat, neuerdings aber für diesen Zeitpunkt ein langfristiger Sockel an Unterbeschäftigung bei weiterhin geringem Wachstum in derselben Größenordnung gleichfalls nicht ausgeschlossen wird. Die Bandbreite der Ungewißheit nach oben und unten beträgt damit zusammengenommen rd. 20 % des gesamten Erwerbstätigenbestandes.

#### Entwicklungstendenzen

Trotz dieser Unsicherheit über die zukünftigen Arbeitsmarktperspektiven zeichnen sich jedoch bereits folgende Entwicklungstendenzen ab:

□ Es besteht im Beschäftigungssystem ein gewisser Widerspruch zwischen den mittelfristigen und den langfristigen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte. Die durch die gegebene Produktionsstruktur erforderlichen Ausbildungsqualifikationen müssen daher vermittelt werden, auch wenn bereits absehbar ist, daß der Strukturwandel langfristig eine Umorientierung erfordert. Dieser scheinbare Gegensatz ist unausweichlich

und unaufhebbar; er kann jedoch gemildert werden, wenn die Berufsausbildung in Schule, Betrieb und Hochschule ohne Verzicht auf konkrete Berufsanforderungen zugleich die Umstellungselastizität der Arbeitskräfte erhöht.

Bei dem Verhältnis von mittel- und langfristiger Anforderungsstruktur muß vor allem berücksichtigt werden, daß langfristig der Wechsel der Arbeitskräfte weniger innerhalb eines bestimmten Berufsfeldes auftreten wird, sondern vielmehr vorwiegend zwischen den Berufsfeldern erfolgen dürfte.

Mit wachsender Ausbildungsdauer nimmt entgegen einer weit verbreiteten Auffassung in Politik, Planung und Forschung die realisierte Mobilität der Arbeitskräfte ab. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß die durch lange formale Bildungsgänge erzeugten Statuserwartungen nach unten nur schwer korrigierbar sind. Der höchste Grad horizontaler beruflicher Flexibilität und Substitution ist bei den Facharbeitern und Fachkräften mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung festzustellen. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als die bisherige Bildungsexpansion dazu geführt hat, daß Bildungs- und Beschäftigungssystem zunehmend träger auf die Anpassungsnotwendigkeiten des Strukturwandels reagieren.

Gerade auf der mittleren Qualifikationsebene bildet sich eine immer größere Lücke heraus, die zunächst im Bildungssystem entsteht und sich dann im Beschäftigungssystem fortsetzt, und zwar gleichermaßen bei niedrigem wie bei hohem Wachstumsniveau.

Aufgrund der Altersstruktur und Bevölkerungspyramide in der Bundesrepublik treten lediglich rd. 2 % des gesamten Erwerbstätigenbestandes jährlich aus dem Bildungssystem als Neuangebot in das Beschäftigungssystem ein. Dies bedingt einerseits Trägheiten der Berufsstrukturveränderung. Da andererseits jedoch die Hauptlast der Anpassungszwänge des Strukturwandels vom Neuangebot über den Generationswechsel getragen werden muß, ist aufgrund der zwangsläufig gerin-

gen Beeinflussungsmöglichkeit des Beschäftigungssystems durch das Bildungssystem die planmäßige Vorsorge für ein strukturelles Gleichgewicht zwischen der individuellen Bildungsnachfrage und den Beschäftigungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

In allen hochentwickelten Industriestaaten, und zwar gleichermaßen in Ost und West, zeichnen sich am Ende der 70er, am Anfang der 80er Jahre Obergrenzen für den Anteil des Bildungsbudgets am Sozialprodukt ab. Er kann damit nicht mehr wie in den 60er Jahren entscheidend ausgeweitet werden, weil zusätzlich zu den klassischen Funktionsbereichen des Staates neue öffentliche Aufgabenbereiche wie etwa Umweltschutz, Erschließung neuer Energiequellen usw. hinzukommen, die ebenso wie Bildung ein gleiches öffentliches Interesse und öffentliche Förderung verdienen. Im Vergleich mit den 60er Jahren stellt sich damit die Frage der Verteilung der Mittel des Bildungsbudgets künftig in einer ganz neuen Qualität und Dringlichkeit. Gleichzeitig nimmt die Möglichkeit immer mehr ab, Fehlentwicklungen in einem bestimmten Bereich des Bildungssystems durch wachsende Aufwendungen für andere, nachgelagerte Bereiche aufzufangen oder auszugleichen, obwohl die Notwendigkeit dazu infolge von Fehlsteuerungen durch die Bildungspolitik zunehmend wächst.

Zusammenfassend muß daher festgestellt werden, daß ohne eine laufende Beobachtung, Analyse und Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem alle diese Probleme nicht zu lösen sein werden. Das erfordert aber, daß in Politik, Planung und institutionalisierter Forschung die Tabuisierung der Bedarfsforschung in Zukunft unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Solange es hier nicht gelingt, aus dem selbstgeschaffenen, illusionären Wunderland ohne Knappheitsrelationen herauszutreten, ist eine Wende nicht zu erwarten.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Wolfgang Michalski, Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

**REDAKTION:**

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski, Dipl.-Vw. Hubert Höping (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Renate Schletz, Dipl.-Vw. Klaus-peter Zanzig

**Anschrift der Redaktion:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

**HERSTELLUNG UND VERTRIEB:**

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

**Anzeigen:** Generalvertretung Dr. Hans Klemen

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 12 vom 1. 1. 1971

**Bezugpreise:** Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 30,-)

**Erschelungswese:** monatlich

**Druck:** Otto Schwitzke, Hamburg

**Anschrift des Verlages:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright by Verlag Weltarchiv GmbH.